Stadt Troisdorf
Der Bürgermeister
Az: III/20

Datum: 30.05.2023

Vorlage, DS-Nr. 2023/0500

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Rat	13.06.2023			

Betreff: Einführung einer Steuer auf den Verkauf von Einwegverpackungen
hier:
1. Antrag der Fraktion DIE FRAKTION vom 25. Mai 2023
2. Antrag GRÜNE Fraktion vom 26. Mai 2023

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Troisdorf verweist die Anträge der Fraktionen zur Einführung einer Verpackungssteuer zur Vorberatung in den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Finanzielle Auswirkungen: Ja – noch nicht absehbar.

Sachdarstellung:

Mit Beschluss vom 02.06.2020 hat der Rat der Stadt Troisdorf die Verwaltung beauftragt, zu verfolgen, ob die Rechtsprechung die Zulässigkeit einer Verpackungssteuer neu bewertet und bei Vorliegen entsprechender Urteile im Umweltausschuss zu berichten.

Die Verwaltung hat zuletzt im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz am 18.05.2022 über das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 29.03.2022 berichtet (DS-Nr. 2022/0409). Dieses hatte die Verpackungssteuer der Stadt Tübingen für unwirksam erklärt. Gegen das Urteil wurde Revision zugelassen.

Mit Urteil vom 24.05.2023 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass es sich bei der Verpackungssteuer der Stadt Tübingen um eine zulässige örtliche Verbrauchssteuer handelt. Die Satzung durfte von der Stadt Tübingen erlassen werden. Punktueller Verstöße der Satzung im Hinblick auf die Bestimmtheit des Begriffs der „Einzelmahlzeit“ und ein zeitlich unbegrenztes Betretungsrecht der

Stadtverwaltung lassen die Rechtmäßigkeit der Satzung nach Auffassung des Gerichts unberührt.

Die Urteilsbegründung liegt noch nicht vor.

Mit Anträgen vom 25.05.2023 bzw. 26.05.2023 beantragen DIE FRAKTION und die GRÜNE Fraktion die Einführung einer Verpackungssteuer in Troisdorf.

Die Beschlussvorschläge der Fraktionen sehen eine Einführung zu unterschiedlichen Zeitpunkten vor. Der Antrag der Fraktion GRÜNE beinhaltet zusätzlich einen Informationsvorlauf sowie ein Förderprogramm für Kleingastronomen.

Die Verwaltung schlägt daher vor, zunächst eine inhaltliche Beratung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz am 30.08.2023 vorzusehen. Die Verwaltung prüft bis zu diesem Zeitpunkt, welche Ressourcen (Personal, Software) für die Einführung und Umsetzung einer Steuer auf den Verkauf von Einwegverpackungen benötigt werden. Sofern bis zu diesem Zeitpunkt die Urteilsbegründung vorliegt, ergeben sich gegebenenfalls auch Hinweise, wie der Begriff der „Einzelmahlzeit“ hinreichend konkret bestimmt werden kann, um einer gerichtlichen Überprüfung standzuhalten.

In Vertretung

Horst Wende
Beigeordneter und Stadtkämmerer